

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 848 ppbn d

## Inhalt

43. Jahrgang / 14

21. Januar 1988

Professor Dr. Hartmut Soell  
MdB zum 25. Jahrestag des  
deutsch-französischen Ver-  
trages: de Gaulles gesamt-  
europäische Vision mit Le-  
ben erfüllen.

Seite 1

Dr. Anka Martiny MdB zur  
Blickfangwerbung mit Kin-  
dern: Die „niedlichen  
Nackten“.

Seite 4

### Dokumentation

Einige Passagen aus der Re-  
de, die der Vorsitzende der  
Jüdischen Gemeinde zu Ber-  
lin, Dr. h.c. Heinz Galinski,  
am Mittwoch zum 46. Jah-  
restag der Einberufung der  
Wannsee-Konferenz hielt.

Seite 6

Die gesamteuropäische Vision de Gaulles mit Leben erfüllen

Gedanken zum 25. Jahrestag des deutsch-französischen Vertrages

Von Professor Dr. Hartmut Soell MdB  
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundes-  
tages

Wer nach einem Vierteljahrhundert die bisherigen Ergebnisse des am 22. Januar 1963 im Elysée-Palast von de Gaulle und Adenauer unterzeichneten Vertrages mit den Zielsetzungen seiner Inspiratoren vergleicht, wird zu dem Schluß kommen, daß er viele Ziele verfehlt hat, ja verfehlen mußte, weil sie von Anfang an zu weit auseinander lagen.

Um manche dieser Ziele ist es nicht schade. Etwa um die Absicht de Gaulles mit Hilfe Bonn's die Briten von der Europäischen Gemeinschaft fernzuhalten. Oder um das Ziel, gemeinsam mit Frankreich eine europäische Atomstreitmacht aufzubauen, das die von F.J. Strauß angeführten deutschen Sekundär-gaullisten über viele Jahre hinweg anstrebten. Als Strauß, der sich stets als der wahre Erbe - nicht Enkel Adenauers - verstand (und versteht), von ihm schon in den fünfziger Jahren verfolgte Pläne 1964 in Paris erneut vortrug, stieß er bei de Gaulle auf kühle Ablehnung. Er werde sich durch diesen „bayerischen Cherusker“ nicht „in die tautonischen Sümpfe locken“ lassen - so die Äußerung de Gaulles gegenüber Mitarbeitern nach der Unterredung.

Es war nicht in erster Linie gallorömischer Hochmut, der ihn so reden ließ. Vielmehr stand die von der damaligen Bundesregierung erhobene Forderung nach der Revision der Oder-Neiße-Grenze seinem großen Plan entgegen, zunächst das kontinentale Westeuropa unter Frankreichs Führung zu einigen und danach den großen Ausgleich mit dem östlichen Europa einschließlich der Sowjetunion zu versuchen. Das Ziel dieser großen Vision sollte es sein, die beiden Europas von den „zwei Hegemonien“ (der USA und der SU) zu befreien und vom „Atlantik bis zum Ural“ ein neues Gleichgewicht zwischen „Galliern, Slawen und Germanen“ herzustellen und die Angelsachsen außen vor zu lassen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mfl. zuzügl. Mwst und Versand.

Freiwiliger Umgang  
mit wertvollen Materialien  
Recycling-Papier



Das von de Gaulle zwei Jahre später, in der Pressekonferenz vom 4. Februar 1965 skizzierte Konzept ging von drei Grundgedanken aus:

1. Die Sowjetunion tendiere zu einem Rückzug aus Mittel- und Osteuropa.
2. Sie werde dies aber nur tun können, wenn sich die Vereinigten Staaten gleichfalls vom europäischen Kontinent zurückzögen.
3. Hierzu sei es erforderlich, daß Westeuropa, organisiert um den Kern einer französisch-deutschen Zweierunion (nachdem die Pläne der politischen Union der Sechs am Einspruch Italiens und der Niederlande 1962 gescheitert waren) und militärisch abgedeckt durch die französische Atomstreitmacht, aktiv den Dialog mit dem Osten eröffne.

Das interessante an seiner Methode, mit dem Problem der deutschen auch das der europäischen Wiedervereinigung anzugehen, lag zunächst darin, daß er die gleichen Partner, die an der Lösung beteiligt werden sollten zu den neu zu schaffenden Trägern des Gleichgewicht machen wollte. Da er die Neuorganisation der Verteidigung der sechs westeuropäischen Kernländer außerhalb der Ost-West-Konfrontation vornehmen wollte, meinte er der Sowjetunion auch etwas anbieten zu können - nämlich die Auflösung der NATO.

Natürlich war diese Vision eine Gleichung mit zu vielen Unbekannten. Die Fixierung auf die großen Völker West-, Mittel- und Osteuropas sowie das Aussperren der Angelsachsen war angesichts der Tendenz zu übernationalen Gemeinschaftsbildungen in Europa schon im Ansatz überholt.

Auch einige der zur Verwirklichung des Konzepts eingeplanten Mittel und Wege waren unzulänglich. Dazu gehört zum Beispiel die Auffassung de Gaulles, die französische Atomstreitmacht (deren ursprüngliche Planungen nicht von ihm, sondern von den Regierungen der Vierten Republik stammten), sei auf die Dauer nicht nur in der Lage etwaige deutsche Revisionsgelüste unter Kontrolle zu halten, sondern auch die sowjetischen Streitkräfte auszubalancieren.

Obwohl Teile der Vision de Gaulles und die dafür eingesetzten Mittel sich auch durch die weltpolitische Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte als nicht realisierbar erwiesen haben, bleibt ihm doch das Verdienst, der erste Politiker gewesen zu sein, der das „gemeinsame europäische Haus“ wiederentdeckt hatte. Noch genauer: Er hatte sich von Anfang an gegen die von Hitler-Deutschland mutwillig provozierte und in Jalta und Potsdam 1945 festgelegte Teilung Europas gewandt. Seine Nachfolger haben sich kaum darum bemüht, realisierbare Teile dieser Vision, etwa im Rahmen des Abrüstungsdialogs und des Helsinki-Prozesses durch eigene Initiativen voranzubringen. Sie haben sich vielmehr im Status quo ihrer nuklearen Maginot-Linie bequem eingerichtet, ohne darüber nachzudenken, welchem Schicksal Frankreich sich selbst und seinen osteuropäischen Verbündeten auch durch das Maginot-Denken der dreißiger Jahre ausgesetzt hat.

In den letzten Jahren ist Frankreich zu einem der „besten Schüler in der atlantischen Klasse“ geworden, wie dies vor wenigen Wochen in München Jean Klein vom französischen Institut für Internationale Beziehungen festgestellt hat. Deshalb die von französischen Politikern halb verdeckt, halb offen ausgesprochenen Befürchtungen hinsichtlich der Wirkungen des Washingtoner Vertrages über die Beseitigung aller Mittelstreckenraketen auf die Politik der Bundesrepublik Deutschland. Henry Kissinger zitierte jüngst einen (ungenannten) französischen Politiker: „Die Mittelstreckenraketen sind das Korsett, das Deutschland an den Westen bindet. Ihr seid dabei, das Korsett zu zerstören, und wir müssen es ausbaden.“ Dieser primitiven, in sozialdemokratischen Ohren eher kurios klingenden Verdächtigung fügt sich nahtlos die Warnung von Pierre Lellouche an, (West-)Europa sei in der Gefahr, eine Art „Großösterreich“ zu werden, beherrscht von einem neutralen aber ökonomisch überlegenen Deutschland, das sich sowjetisches Wohlergehen durch massive Transfers von Kapital und Technologie in die Sowjetunion erkaufe - natürlich dies alles „unter dem Schatten der roten Armee“.



Kaum einer dieser französischen „Strategen“ hat offenbar wahrgenommen, daß in den letzten dreißig Jahren kein Vorgang in der deutschen Öffentlichkeit soviel „national-neutralistische“ und pazifistische Strömungen freigemacht hat, wie eben die in Frankreich so lebhaft unterstützte Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden, die drastischer als je zuvor den Deutschen beiderseits der Demarkationslinie deutlich gemacht hat, auf welchem Pulverfaß sie sitzen.

Langsam dämmert es immerhin der politischen Führung Frankreichs, daß die landgestützten französischen Kurzstreckenraketen vom deutschen Publikum inzwischen als eine jener Lunten wahrgenommen werden, die im Falle eines militärischen Konflikts zwischen Ost und West dieses Pulverfaß zur Explosion bringen könnten. Von daher erklärt sich die jüngste Festlegung Chiracs, Frankreich könne das Territorium seines Nachbarn nicht als „Glacis“ ansehen und niemand solle von nun an daran zweifeln, „daß das Engagement Frankreichs im Fall, daß die Bundesrepublik Opfer eines Angriffs wäre, sofort und ohne Vorbehalt wäre“. In die gleiche Richtung zielen Äußerungen Mitterrands in seiner Aachener Rede am 20. Oktober 1987: Man dürfe nicht von der Annahme ausgehen, daß Frankreich im Falle eines (heute nicht wahrscheinlichen) Konflikts beabsichtige, „auf deutschem Boden eine Warnung an den Gegner zu richten“.

Diese ersten zaghaften Schritte auf dem Weg zu einer Umorientierung der französischen Nuklearstrategie gewinnen erst dann Glaubwürdigkeit, wenn sie nicht nur den Verzicht auf die vorhandenen Kurzstreckenraketen vom Typ Pluton (Reichweite 120 km), sondern auch auf die für die neunziger Jahre geplanten Raketen vom Typ Hades (Reichweite 350 km) nach sich ziehen.

Noch wichtiger ist aber, daß die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit von der gegenwärtig herrschenden Fixierung auf das Nurmilitärische befreit wird. Nicht umsonst wurde im deutsch-französischen Vertrag von 1963 die gemeinsame Außenpolitik (Europa, Ost-West, NATO, Dritte Welt) den anderen Politikbereichen vorangestellt. Erinnern wir uns: Damals war - verglichen mit Europa - das machtpolitische Gewicht der Weltmächte ungleich größer, ihre jeweilige Hegemonie viel unbefragter, ihre technisch-industrielle Überlegenheit noch kaum von der inzwischen eingetretenen Rüstungsklerose angekratzt. Es gab weder eine japanische noch eine chinesische „Herausforderung“. Heute wirken diese Faktoren nicht nur zugunsten des westeuropäischen Einigungsprozesses. Sie verstärken auch die Chance für eine vertiefte gesamteuropäische Zusammenarbeit. Auch wer die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows nüchtern, das heißt überwiegend als sowjetische Antworten auf frühere westliche Vorschläge einschätzt, wird anerkennen müssen, daß dies die erste sowjetische Führung ist, die auf Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu verzichten bereit ist und sich bemüht, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen.

Eine sinnvolle deutsch-französische Sicherheitskooperation muß deshalb die darin liegenden Chancen erkennen und daraus eine gesamteuropäische Perspektive entwickeln.

Sie erfordert

- den Verzicht auf landgestützte Kurzstreckenraketen und auf die Produktion von Neutronensprengköpfen und chemischen Waffen
- ein gemeinsames Rüstungskontroll- und Abrüstungskonzept, das auch die konventionellen französischen Streitkräfte in eine mehrstufig organisierte, gesamteuropäische Abrüstungszone einbezieht
- gemeinsam erarbeitete Vorstellungen zu vertrauensbildenden und wirksamen Verteidigungsstrukturen und damit zu einer zweiten Generation vertrauensbildender Maßnahmen (mit gesamteuropäischen Einrichtungen wie Vertrauensrat, Krisenkontrollzentrum, Aufklärungs- und Verifikationskapazitäten).

Auch liegt es auf der Hand, daß Fortschritte in der Abrüstung auch eine Umorientierung in der Rüstungs- und Technologieförderung in Richtung auf sinnvolle und marktgängige zivile Produkte und Verfahren nach sich ziehen muß. Dies fördert auch die Chancen der Zusammenarbeit mit Osteuropa. Auf diese Weise können wir die gesamteuropäische Vision de Gaulles mit Leben erfüllen.

(-/21.1.1988/rs/ks)

\* \* \*



## Die „niedlichen Nackten“

## Zur Blickfangwerbung mit Kindern

Von Dr. Anke Martiny MdB

Der niedliche Nackedei sitzt auf Papas (?) Arm, Papa trägt schwarzen Anzug. Wofür mögen die zwei werben? Für Babywindeln? Weit gefehlt. Es geht um eine Haarwaschmittelreklame, und belleibe nicht etwa um Kindershampoo: Nein, ein Anti-Schuppen-Shampoo wird angepriesen. Fragt sich die Kundin: Was soll das Kleinkind da in der Werbung? Klar: den Blick des Betrachters auf sich ziehen, der dann auf das Produkt weiter gelenkt wird. Frau kennt derlei, denn die Blickfangwerbung mit Frauenkörpern ist uns schon lange ein Ärgernis.

Die Werbebranche hat inzwischen - spät genug! - wohl erkannt, daß hierzulande vor allem die Frauen über den Konsum entscheiden. Eben diese Konsumentinnen haben beharrlich ihren Protest gegen die Diskriminierung durch Werbung angemeldet, und der Erfolg stellt sich langsam, wenn auch viel zu langsam ein.

Da aber für die Werbeleute Nacktheit als Blickfang offenbar prinzipiell unentbehrlich ist, muß jetzt eben etwas anderes, niedliches, Nacktes her. Was liegt da näher als ein Kleinkind.

Grund genug, sich beim Deutschen Werberat einmal zu erkundigen, welche Meinung er zu dieser Sorte Blickfangwerbung hat. Die Antwort ist bezeichnend: Gegen Blickfangwerbung sei grundsätzlich - auch bei nackten Frauenkörpern - nichts einzuwenden. Eingeschränkt werde nur, wenn die Darstellung in irgendeiner Weise herabwürdigend oder diskriminierend sei. Weiter sagt der Werberat: „Dasselbe gilt für die Abbildung mit Kindern. Der Deutsche Werberat würde dann einschreiten ..., wenn durch die Abbildung eines nackten Kinderkörpers jedenfalls nicht ausgeschlossen werden kann, daß eine sexuelle Komponente ins Spiel kommt. Dies ist in der vorliegenden Anzeige jedoch nicht der Fall, zumal nicht einmal erkennbar ist, ob es sich um ein Mädchen oder um einen Jungen handelt.“

Letzteres ist nun wirklich eine gefährlich dumme Argumentation: Würde das bedeuten, daß eine Werbung, die eine Frau mit einem kleinen nackten Jungen auf dem Arm zeigt, sich sexueller Anspielung verdächtig macht?

Mir ging es bei meiner Beschwerde um die Indienstnahme von nackten Kindern durch die Werbung, genauso wie es mir um die Indienstnahme von nackten Frauen durch die Werbung ging und geht. Denn Kinder haben ihre eigene Würde. Hier wäre dem Deutschen Werberat mehr Sensibilität anzuraten.

Die Begründung, warum man glaube, daß sich vom nackten Kleinkind ein Bezug zum angepriesenen Produkt finden lasse, gerät vollends zur Farce: „Das Kind betrachtet den Anzug des Vaters und findet dort die bisher üblichen Schuppen nicht wieder“, sagt der Deutsche Werberat. Auch liefern kleine Kinder häufig auch nackt durch die Wohnung und würden von den Eltern auf den Arm genommen.

Wenn das erst Schule macht ...

(-/21.1.1988/rs/ks)

\* \* \*



**DOKUMENTATION**

**Heinz Galinski: Wer die Nazi-Verbrechen relativiert, gefährdet die Demokratie**

Wir dokumentieren einige Passagen aus der Rede, die der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Dr. h.c. Heinz Galinski, am Mittwoch zum 46. Jahrestag der Einberufung der Wannsee-Konferenz in Berlin hielt.

Mangelnde Sensibilität im Gebrauch von empörenden Beispielen greift in der letzten Zeit um sich in unserem öffentlichen Leben. Den letzten Vorfall dieser Art mußten wir bei einem namhaften und einflußreichen Mitglied einer der im Bundestag vertretenen Parteien verzeichnen. Er verglich wiederholt die Mahnwachen der Duisburger Stahlarbeiter vor dem Haus eines der Leiter der Firma Krupp mit Methoden der SA-Schlägertruppe. Nun, man muß nicht alle Schritte, die die Stahlarbeiter in ihrer erschreckenden Situation unternehmen, um ihre Rechte zu verteidigen, gutheißen. Aber es ist unerträglich, wenn Spitzenpolitiker der größten demokratischen Gruppierungen Vergleiche anstellen, die in keiner Weise zutreffen können.

Die Verbrechen der Nationalsozialisten und ihre Methoden sind einmalig und unvergleichlich, und wer sich weigert, dies zur Kenntnis zu nehmen, bedroht - beabsichtigt oder nicht - den Bestand unserer Demokratie.

Ein wesentlicher Punkt ist hier bei der Aufmerksamkeit anzusetzen, die wir in dieser Hinsicht der jungen Generation schenken müssen. Besonders ist die Jugend durch das im Umlauf befindliche nationalsozialistische Gedankengut gefährdet, ob es nun in Form von Büchern aus zweifelhaften Verlagshäusern auf den Markt geworfen wird, oder - besonders gefährlich, weil mit gesetzlichen Mitteln bis heute kaum kontrollierbar - in Form von Videokassetten, die heutzutage auf den Schulhöfen ausgetauscht werden.

Schwerwiegende Gefahren entstehen allerdings, wenn Gedankenlosigkeiten dieser Art oder gar gezielte Infamien von offiziellen staatlichen Stellen im nachhinein geduldet und gebilligt werden. Ein Beispiel dafür ist die Entscheidung des Bundesgerichtshofes, mit der dem Anwalt Jürgen Rieger gestattet wurde, straffrei zu behaupten, daß die Errichtung des Warschauer Ghettos als eine Maßnahme zur Eindämmung der Typhusepidemie zu verstehen sei und daß man in diesem Ghetto bei mehr Solidarität unter den Internierten den Hunger in Grenzen hätte halten können. Die tragischen Ereignisse im Ghetto Warschau sind in der Öffentlichkeit hinreichend bekannt und deshalb empört es mich besonders, daß mein diesbezüglicher Protest gegen die Gerichtsentscheidung der einzige geblieben ist.

Wir begehen in diesem Jahr einen der wichtigsten Gedenktage in unserer Geschichte. Diesbezüglich handelt es sich aber nicht nur um unsere Geschichte, es ist vielmehr eine Geschichte, die alle angehen sollte: der 50. Jahrestag der Novemberpogrome vom 9. November 1938.



Anlässlich dieses Tages komme ich nicht umhin, meine tiefe Enttäuschung darüber zum Ausdruck zu bringen, daß die Bundesregierung die Gelegenheit versäumt hat, eine Initiative zu ergreifen, um diesen Tag von ihrer Seite aus - ich betone, von ihrer Seite aus - mit einer zentralen Veranstaltung würdig zu begehen.

Und ich betone weiter, daß gerade im Hinblick auf die Geschichte diese zentrale Veranstaltung nur in Berlin hätte stattfinden müssen - in der Stadt, wo sich die Machtzentrale des Terror-Regimes befand, in der alle vorbereiteten Vernichtungsmaßnahmen geplant und letztlich auch durchgeführt wurden. Dies wäre auch ein besonderes Zeichen gegenüber der Welt.

An diesem Tag, an dem in beiden Teilen dieser Stadt und in beiden Teilen dieses Landes die Synagogen brannten, sollte indessen das Gedenken auch einen Teil der Gemeinsamkeit zwischen Ost und West wiederherstellen können. Ich bin gewiß kein Utopist, aber wann ich über weit kühnere Vorschläge nachdenke, die in diesem Zusammenhang gemacht werden, so erscheint mir die Idee, die Gemeinsamkeit in der Besinnung angesichts der verhängnisvollen Vergangenheit zu suchen und diesen Tag des Gedenkens in einer für Ost und West gemeinsamen Veranstaltung zu begehen, nicht nur im Bereich des Möglichen zu liegen, sondern auch ein Schritt auf dem richtigen Weg zu sein.

Wir haben uns hier heute zusammengefunden, um gemeinsam über die Bedeutung von zwei Tagen nachzudenken, die unsere Geschichte in verhängnisvoller Weise gebrandmarkt haben. Aber man sollte es bei einer solchen Gelegenheit auch nicht verschweigen, daß es in diesen Tagen immer mehr Menschen sind, die uns ihre Solidarität kundtun, daß es schon viele Menschen sind, die das Verdrängen und das Vergessen nicht als den Weg betrachten, der uns in die Zukunft führt. Darin verbirgt sich ein Funke der Hoffnung, daß es möglich ist, aus der Geschichte zu lernen.

(-/21.1.1988/vo-hs/rs)

\* \* \*